



Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliehung vom 10. Februar d. J. dem Dr. Philipp Olschbauer senior in Anerkennung seiner vielfährigen und verdienstlichen Wirksamkeit als Notar in Wien tagfrei den österreichischen Adelsstand allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 15. Februar d. J. Allerhöchstihrem Privat- und Familionds-Director, Hofrath Friedrich Ritter von Mayr, in Anerkennung seiner vielfährigen ausgezeichneten Dienstleistung den Orden der eisernen Krone zweiter Klasse tagfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliehung vom 12. Februar d. J. dem Gutsbesitzer Joseph Stonawski zu Strzebowitz in Schlesien in Anerkennung seines patriotischen und humanitären Wirkens das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Heute, am 19. Februar 1881, wird das II. Stück des diesjährigen krainischen Landesgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 5 das Gesetz vom 3. Februar 1881, wirksam für das Herzogthum Krain, betreffend die Tragung der Kosten der Amtshandlungen über verspätet eingebrachte Anmeldungen der nach § 6 des Allerhöchsten Patentgesetzes vom 5. Juli 1853 (R. G. Bl. Nr. 130) von Amtswegen der Ablösung oder Regulierung unterliegenden Rechte.

Von der Redaction des Landesgesetzblattes.

Erkenntnisse.

Das k. k. Landesgericht Wien als Presgericht hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, daß der Inhalt der Nr. 3 der Zeitschrift „Schneider-Fachzeitung“, zweite Auflage vom 7. Februar 1881 — in dem darin enthaltenen Artikel unter der Aufschrift „Collegen!“ das Vergehen nach § 302 St. G. begründe, und hat nach § 493 St. G. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen.

Das k. k. Landesgericht als Strafgericht in Prag hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntnisse vom 1. Februar 1881, §. 2787, die Weiterverbreitung der in Zürich erscheinenden Zeitschrift „Der Socialdemokrat“ Nr. 49 vom 5ten Dezember 1880 wegen des Artikels „Fonds zur Unterstützung der Opfer des Socialistengesetzes“ und wegen des Aufrufes: „Parteienossen! Bergeset der Verfolgten und Gemahregelten nicht!“ nach § 310 St. G., dann wegen der Artikel „Revolution oder Reform“, „Der Process der ‚Narodnaja Volja‘ und des revolutionären Executivcomitès vor dem Petersburger Kriegsgerichte“, „Havre, 24. November“ und „Rußland“ nach § 305 St. G. verboten.

Das k. k. Kreisgericht in Leitmeritz hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntnisse vom 31. Jänner 1881, §. 609 St. G., die Weiterverbreitung der „Leitmeritzer Zeitung“ Nr. 7 vom 26. Jänner 1881 wegen des Artikels „Rundgebung des Wiener Bürgervereins“ nach § 300 St. G. verboten.

Feuilleton.

Die Blumen und der Fächer im Dienste des Faschings.

(Schluß.)

Erhebt die Italienerin ihren Fächer nur einmal zum Munde, so bedeutet dies den süßesten Kuss, öfter jedoch die Bitte um Stillschweigen. Im Salon, im Ballsaal, unter Blumenduft, unter zahlreichen Menschen, da funkeln die Augen, glühen die Wangen und regiert der Fächer.

Die Italienerin begrüßt den Gegenstand ihrer Neigung bloß mit dem Fächer. Ein heftiges Auf- und Zuschlagen desselben bedeutet ihre Ungeduld, Eifersucht, ihre Erregung, das absichtliche Hängenlassen des Fächers aber ihre erloschene Neigung. Der Fächer wird in der Hand einer Italienerin sogar zur Rechenaufgabe, denn jede Abtheilung der zierlichen Stäbchen ihres Fächers bedeutet die Stunden, in welchen sie zum Rendezvous sich geneigt zeigt. Führt die Venezianerin den Fächer gegen die Augen, so heißt dies so viel als: „stella dei miei occhi“ — (Stern meiner Augen), gegen die Stirne: „Vorlicht und Klugheit, es naht Verrath!“

Das flüchtige Spiel des Fächers ist berecht, ohne zu compromittieren, seine Sprache geheimnißvoll und verständnißreich zugleich, ein Gedicht, das vor aller

Nichtamtlicher Theil.

Se. Majestät der Kaiser haben dem Präsidenten der Wiener k. k. Polizeidirection zur Betheilung jener Kategorie von Unterstützungswerbern aus dem Wiener Polizeirayon, deren im Laufe des Monats Jänner d. J. eingelangte Gesuche über Allerhöchsten Befehl von der Cabinetkanzlei demselben zur eigenen Würdigung und Erledigung übersendet wurden, den Betrag von 2600 fl. aus Allerhöchsten Privatmitteln zukommen zu lassen geruht. Diese Allerhöchste Spende wurde an die betreffenden Bittsteller nach Maßgabe deren Rücksichtswürdigkeit sofort vertheilt.

Ihre Majestät die Kaiserin und Königin haben dem Präsidenten der Wiener k. k. Polizeidirection zur Betheilung jener Unterstützungswerber aus dem Wiener Polizeirayon, deren in den Monaten Jänner und Februar d. J. eingelangte Majestätsgesuche über Allerhöchsten Befehl von dem Secretariate Ihrer Majestät demselben zur eigenen Würdigung und Erledigung übersendet wurden, die Summe von 1000 fl. ö. W. allergnädigst übergeben zu lassen geruht.

Zur Lage.

Die „Neue freie Presse“ läßt sich aus London folgendes berichten: „Gladstones Organe scheinen noch immer die in Midlothian ausgesprochenen Anschauungen Gladstones über Oesterreich nicht aufgegeben zu haben. Sie erblicken einen neuen Beweis derselben in den Beschuldigungen, die Dr. Nieger sich in einem Ausschusse des österreichischen Reichsrathes und in Anwesenheit eines Mitgliedes des Ministeriums gegen die Deutsch-Oesterreicher und gegen deren Führer Dr. Herbst erlauben durfte.“ In dieser Meldung fällt uns vor allem der Collectivbegriff „Gladstones Organe“ auf, die doch unter einer speciellen Firma tagtäglich erscheinen. Wir werden also vorerst das Eintreffen der „Gladstoneschen Organe“ abwarten. Dies vorausgeschickt — wollen wir für heute nur bemerken, daß es uns gar nicht überraschen würde, wenn „Gladstonesche Organe“ auf Grund von Dar- und Entstellungen der inneren österreichischen Verhältnisse in der heimischen Oppositionspressen zu ähnlichen Folgerungen und Schlüssen gelangt sein sollten, zumal gerade im gegebenen Falle der Wunsch, eine billige Nutzenanwendung zu ziehen, sehr verlockend wäre. Wenn „Gladstonesche Organe“ in der That auf Grund falscher Prämissen zu irrigen Conclusionen gelangt sind, so läßt dies die österreichische Regierung um so kühler, als ja letztere gar keinen Grund hat, die Verantwortung für Ausschreitungen, welche von Einzelnen oder Parteien begangen werden, zu übernehmen.

Aus den Erklärungen, welche Se. Excellenz der Herr Finanzminister im Budgetausschusse des Ab-

geordnetenhauses abgab, geht unzweifelhaft hervor, daß die Anregungen, betreffend die Regelung der Valuta, vom diesseitigen Ministerium ausgegangen sind. Damit erscheinen die hämischen Bemerkungen jener oppositionellen Organe widerlegt, welche nicht bloß das Gegentheil behauptet, sondern daran in gewohnter Weise Klagen über die angebliche „Vernachlässigung der wirtschaftlichen Interessen der diesseitigen Reichshälfte“ geknüpft hatten.

Auch in der auswärtigen Presse findet der von der Regierung im Abgeordnetenhaus eingebrachte Gesetzesentwurf über die Grundsteuer-Hauptsumme eine recht günstige Beurtheilung. So läßt sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ über diesen Gegenstand folgendes aus Wien schreiben: „So wie das Gesetz jetzt vorliegt, wird es in Wahrheit eine gleichmäßige Vertheilung der Lasten herbeiführen, dabei doch den zu höherer Leistung herbeigezogenen Steuerkräften eine gewissenhafte Schonung angedeihen lassen, somit all den Klagen die Spitze abbrechen, welche gegen dasselbe erhoben wurden. Wie empfindlich diese glückliche Wendung der Frage unsere Opposition trifft, das zeigt die helle Verzweiflung ihrer publicistischen Organe. Während man früher die Regierung beschuldigte, daß sie unserer Landwirtschaft ans Leben wolle, bricht man heute den Stab über sie, weil sie die „fiscalischen Interessen vernachlässigt“ und „mit vollen Händen Gnaden spendet“. Man darf wohl neugierig sein, ob die Opposition im Parlamente die gleiche Haltung beobachten wird. Aber wie sie sich auch drehen und wenden mag, die so brünstig gesuchte Popularität bei den Bauern wird in dem Momente, da der neue Gesetzesentwurf dem Landvolke bekannt wird, verlorengehen.“

Die „N. Preussische Zeitung“ ist ähnlicher Ansicht; ihr Wiener Correspondent schreibt nämlich: „Alles dreht sich augenblicklich um die Grundsteuerfrage. Die Regierung hat mit ihrer Vorlage die Opposition vor die Wahl gestellt, entweder dieselbe zu acceptieren und damit ihre (der Regierung) Stellung zu stärken, oder sie zu verwerfen, und damit der bäuerlichen Bevölkerung wehe zu thun. Denn so viel ist klar, daß, wenn die Regierung, um dem ländlichen Grundbesitze eine Erleichterung zutheil werden zu lassen, selbst den Staatschatz nicht schont, das Abgeordnetenhaus durch eine ablehnende Haltung dann leicht in den Wählerkreisen eine Mißstimmung hervorrufen kann, welche sich bei den nächsten Wahlen schwer geltend machen würde.“

Die „Schlesische Zeitung“ bemerkt: „Daß das Gesetz über die Grundsteuer-Hauptsumme mit großer Majorität angenommen werden wird, steht heute schon außer allem Zweifel. Die Rechte wird jedenfalls dafür stimmen, ebenso werden sich die deutschen Abgeordneten aus Böhmen, Schlesien, Kärnten

Augen ausgestreut und doch nur von den Betheiligten gelesen wird. Wenn die Lippe schweigt, das Auge nicht reden darf, da spricht der Fächer. Er verbirgt und verräth, er bildet das Entzücken oder die Verzweiflung der Männer, das Entsetzen der Rivalinnen.

So wie der Fächer, so bilden auch die Blumen einen geheimnißvollen Zauber. Schmückt sich die junge Ballschöne mit Veilchen und Maiglöckchen, so bedeuten dieselben für den Gegenstand ihrer Zuneigung gewiß die innigsten Liebesgrüße, ziert sie aber ihr Kleid mit Vergißmeinnicht, so zagt und bangt sie um den Gegenstand ihrer Neigung. Sie hofft dann, dem flatterhaften Manne im Ballsaale das Orakelblümchen geben zu können, welches da spricht: „Vergiß-mein-nicht“.

Nicht immer sind es heitere Bilder, welche dem ernsteren Beobachter eines Ballsaales vor Augen schweben. Wie manches Lebensschifflein, das mit flattern, bunten Wimpeln leicht und stolz dahinschwebte, zerschellte in der heißen Welle eines Ballsaales? Wie mancher süße Liebestraum ward im Ballsaale geträumt einen einzigen kurzen Winter lang? Aufgeklärt im Tanzsaal bei schimmerndem Kerzenlicht, war dieser Liebestraum wie aus Duft und Rosen gewebt. Lächeln, harmlose und doch entzückende Worte, zärtliche Blicke, ein kaum fühlbarer Druck der Hand im fliegenden Tarze waren die Attribute desselben.

Da kam der Frühling! Wie greller Tageserschein fiel es durch die Fenster und in die Herzen hinein, dem süßen Traume folgte ein jähes Erwachen!

Wie gar oft legt der Mann mit seinen Ballhandschuhen auch feinzend seine im Ballsaale entstandenen Wünsche beiseite? „Welche Thorheit“, murmelt er dann, „wie soll ich jetzt schon an das Heiraten denken? Hoffentlich nimmt die süße Kleine, die so hübsch Mazur tanzt, meine Courtmacherei nicht ernst? Bis zum nächsten Winter sieht man sich flüchtig und dann — —“?

Auf der Straße begrüßt dann ein solcher Tänzer die unvergeßliche Tänzerin nur flüchtig, wundert sich höchstens über ihr bleiches Aussehen und wirft die Bemerkung hin: „Fräulein hat der Fasching nicht gut gethan, Sie sehen übel aus?“ Daß sie übel aussieht, weiß auch sie, denn die schlaflosen Nächte, in denen sie an ihn denkt, sagen es ihr.

Der Frühling und Sommer verstreichen, die Stürme des Herbstes brausen vorüber — der Winter öffnet wieder seine Salons. Die Musik ist eben so rauschend wie im Vorjahre, die Tänzer und Tänzerinnen eben so unermüdet — und doch lehnt wohl hie und da einmal einer an einer Säule und sucht unter den Tänzerinnen die eine, welche im Vorjahre so hübsch Mazur tanzte. Uebermals jedoch steigt in ihm der herrliche Gedanke auf: Man muß vergessen, zu was sich quälen, es ist besser, sie ist nicht da — tanzen wir mit anderen. —

Und man tanzt vielleicht mit einem jungen Backfisch, der bloß deshalb da ist, um zu tanzen, und dem die helle Freude aus den Augen scheint, wenn er zu

dafür aussprechen.“ — Auch die demokratische „Frankfurter Zeitung“ kann nicht umhin, der Ansicht Ausdruck zu geben, die Grundsteuernovelle werde zweifellos mit großer Majorität angenommen werden, nachdem selbst ein hervorragender Führer der Linken kürzlich geäußert habe, daß bei entgegengesetztem Verhalten die in den Wählerkreisen entstehende Mißstimmung sich schwer an der Partei rächen würde. — Die „Leipziger Zeitung“ tritt gleichfalls in einem längeren Artikel für die Grundsteuernovelle ein.

Der Krakauer „Gazs“ erklärt, er sehe dem Fortbestande des Ministeriums Taaffe vertrauensvoll entgegen. Dieses Ministerium sei verfassungstreu in des Wortes bester Bedeutung, denn es habe die Verfassung vor Erschütterungen gesichert und sie auch dort durchgeführt, wo lange Zeit hindurch Ausnahmiszustände herrschten. Ein breit angelegtes volkswirtschaftliches Programm verleihe dem Ministerium die nötige Kraft und Basis, entwinde der Opposition die Waffen, denn es eröffne ein neues, von nationalem Antagonismus und constitutionellen Verwicklungen freies, segensreiches Feld. Das Cabinet Taaffe hat schon Prüfungen aller Art überstanden, zahlreichen Schwierigkeiten auszuweichen, die verworrensten Knoten zu lösen verstanden. Die heftigste Opposition, die leidenschaftlichste Agitation habe sich ihm gegenüber ohnmächtig erwiesen, ja das Ministerium gewinne stetig an Vertrauen und an Consistenz. Wenn irgend etwas der Regierung gefährlich werden könnte, so wäre es eine Zersplitterung im Lager der Rechten. Das Blatt richtet demgemäß einen warmen und entschiedenen Appell zur Eintracht an die Rechte und bezeichnet es insbesondere als eine Pflicht der Polen, darüber zu wachen, daß die Harmonie im Lager der Rechten nicht gestört werde. — Ähnlichen Gedanken gibt auch ein Leitartikel des „Trierer Tagblatt“ Ausdruck. Es heißt dort u. a.: „Es ist ein unbestreitbares Verdienst des Grafen Taaffe, die Czechen in den Reichsrath gebracht zu haben, ein Verdienst, welches ihm die Geschichte in ihren Annalen anrechnen wird. Und dieses Verdienst erscheint umso glänzender, wenn man bedenkt, wie die Czechenführer seither im Reichsrathe ihre Forderungen herabgesetzt haben.“ Am Schlusse des Artikels heißt es: „Der Parteien „Sunst und Haß“ läßt freilich über die Resultate der Politik des Grafen Taaffe noch kein gerechtes Urtheil aufkommen; ein umso gerechteres Urtheil wird dafür demaleinst die Geschichte fällen!“

Die Pariser „Union“ kommt in einem Wiener Briefe nochmals auf die österreichische Bauernbewegung zurück, verurtheilt in entschiedener Weise die diesbezüglich von gewisser Seite eingeleitete Agitation und bespricht hierauf die von der Regierung dieser Frage gegenüber eingenommene Haltung. „In dem Augenblicke — heißt es in dem Artikel — wo die Bewegung am höchsten gieng, legte Graf Taaffe dem Reichsrathe ein vollständiges agrarisches Reformprogramm vor, welches er baldigst zur Ausführung zu bringen gedenkt, ein Programm, welches vom Abgeordnetenhaus mit lebhafter Zustimmung aufgenommen wurde. Es war dies ein recht geschickter Schachzug von Seite des Ministerpräsidenten. Inzwischen hat die landwirtschaftliche Bevölkerung offen ihre Zustimmung zu den von der Regierung beabsichtigten Reformen erklärt, ja sie hat sogar eine Deputation an den Ministerpräsidenten entsendet, um diesem für seine auf Verbesserung ihrer Lage abzielenden Bestrebungen zu danken. Das beweist doch zweifellos die Popularität der Regierung. Es ist wohl nicht gut möglich, sich weiteren Illusionen hinzugeben: die Bauernbewe-

einer Tour aufgefördert wird. Die nämlichen Redensarten vom Vorjahre werden dann wiederholt, man amüßert sich eben dabei — voila tout!

Und sie, die im Vorjahre so hübsch Mazur tanzte, ist sie wirklich so vernünftig? — Sie sitzt daheim und will nirgends hingehen, denn es fällt ihr im heurigen Winter plötzlich ein, daß Mama zu kränklich ist, um eine Nacht opfern zu können. Am Ballabend liest sie Mütterchen vor, aber sie weiß nicht, was sie liest, denn in ihren Ohren klingen die Melodien der Mazur, die sie mit ihm getanzt und die er nun mit anderen tanzt. Sie sieht plötzlich die Buchstaben im Buche nicht recht, ein Nebelflor legt sich um ihre Augen, und Mütterchen meint, sie solle lieber zu Bette gehen, sie wäre ermüdet.

Ja! Sie ist ermüdet, zu Tode ermüdet, und weint sich in den Schlaf, während die bleichen Lippen flüstern: „Wie war es im Vorjahre so schön, ich dachte nicht, daß er mich so schnell vergessen könne.“

Und er, dem jener Seufzer gilt? Er geht vielleicht in diesem Augenblicke gerade unter ihren Fenstern vorbei; sein Rock ist behängt von Cotillonorden, und er denkt daran, wie herrlich er sich unterhalten habe, um wie viel hübscher die Blondine des heurigen Faschings gegen die Brünette des Vorjahres sei, und wie er sein Glück heuer bei den Blondinen versuchen wolle.

Fächer und Blumen! In diesem Falle habt ihr eure Schuldigkeit im Dienste des Faschings nicht gethan!

gung, welche hervorgerufen die Opposition sich so viele Mühe gegeben hat, ist nunmehr in Hände übergegangen, welche jedenfalls fester und fähig sind, diese Bewegung in ersprießlicher Weise zu lenken.“

Wie die „Pol. Corr.“ erfährt, sind die für die Hasenbefestigungen in Pola bestimmten, von den Delegationen bewilligten 28 - Centimeter - Rüstgeschütze neuester Construction, welche im Inlande nicht hergestellt werden können, bei Krupp in Essen in Bestellung gebracht worden.

Parlamentarisches.

Die 29. Sitzung des Herrenhauses findet heute Samstag, den 19. d. M., um 11 Uhr vormittags statt.

In der am 16. d. M. unter Vorsitz des Obmannes Fürsten Lobkowitz stattgefundenen Sitzung des Steueraususses wurde die Debatte über die Regierungsvorlage, betreffend die Grundsteuer-Hauptsumme, eröffnet.

Abg. Dr. Beer sprach den Wunsch aus, die Regierung solle dem Ausschusse alle statistischen Ausweise und vergleichenden Tabellen, welche den Arbeiten der Centralcommission zugrunde gelegt worden sind, vorlegen, und beantragte, die Generaldebatte erst nach der Vorlage dieser Ausweise aufzunehmen.

Abg. Dr. Ritter von Wiedersparg beantragte die Zuweisung der Vorlage an einen Referenten.

Abg. Dr. Meznik erklärte sich gegen den Antrag des Abg. Dr. Beer, da die geforderten Ausweise bloß für die Arbeiten der Centralcommission von Bedeutung gewesen, für den Steueraususs aber in diesem Momente, wo die Grundsteuerreform noch nicht erledigt sei, nicht von großem Belange sein können. Die Regierungsvorlage sei insbesondere bezüglich der Feststellung der Grundsteuer-Hauptsumme von 37.5 Mill. Gulden und der Uebergangsperioden an sich klar, und zur Begründung derselben seien die geforderten statistischen Ausweise nicht nothwendig. Die Uebergangsperioden seien zumal in der bekannten Beunruhigung einzelner Länder begründet und müßten vom Standpunkte der Gerechtigkeit auf die ganze Reichshälfte gleichmäßig ausgedehnt werden.

Abg. Dr. Schupp erklärte sich für die Zuweisung der Vorlage an den Referenten, erachtet aber dennoch die Vorlage der vom Abg. Dr. Beer geforderten statistischen Ausweise, insbesondere derjenigen über den finanziellen Effect der Regierungsvorlage für wesentlich nothwendig, damit sich das Haus, beziehungsweise der Ausschuss überhaupt ein Urtheil über die Thätigkeit der Centralcommission und über die Bedeutung der Beunruhigung in den einzelnen Ländern bilden könne.

Abg. Freiherr v. Walterskirchen begründete die absolute Nothwendigkeit der Vorlage der geforderten Behelfe und Ausweise.

Abg. Dr. Beer erklärte sich mit der Wahl des Referenten einverstanden, dies hindere aber nicht die Vorlage der geforderten Ausweise, die Berechnung des finanziellen Effectes u. s. w.

Abg. Dr. Graf Dzieduszycki: Es stimmen beide Seiten des Ausschusses darin überein, daß ein Referent zu wählen sei, und daß die ihm und dem Ausschusse nothwendigen Belege zu liefern seien. Redner könne nur nicht begreifen, wozu praktisch diejenigen Ausweise dienen sollen, die sich auf das Material der Einschätzung beziehen, zur Feststellung der Hauptsumme gewiß nicht. Es sei ja die alte Hauptsumme.

An eine Erhöhung dieser Summe könne die Rechte nicht denken, ebenso wenig wie die Linke, die jetzt so beredt für das Interesse des Bauernstandes eintrete. An eine Umänderung der Ländercontingente könne der Ausschuss nicht denken, denn dies sei Sache der Centralcommission und der Reclamationen. Die Rechte habe immer, so lange sie noch in der Opposition war, davor gewarnt, daß die Folgen der von der Linken angeregten Grundsteuer-Regulierung nicht der Erwartung entsprechen werden. Jetzt sei die Wahrheit dieser Warnung für alle sichtbar. Die Bevölkerung sei beunruhigt, und der Staatschatz erleide einen Verlust. Wer eine Ermäßigung der Steuer erhalte, der erhalte sie gleich. Wem die Steuer erhöht werde, der könne die jähe Erhöhung nicht tragen. Es handle sich ja nicht um Nachlässe für Länder, es handle sich um den allgemein angenommenen Grundsatz, daß eine große und nur partielle Erhöhung einer Realsteuer nicht allzu jähe erfolgen dürfe. Diese Uebergangsperioden müssen also einen Verlust für den Staatschatz zur Folge haben. Redner erklärte, er wüßte die vom Abgeordneten Dr. Beer geforderten Ausweise nur deswegen, um die Bevölkerung zu überzeugen, daß die Centralcommission gesetlich und ehrlich gearbeitet habe. Er verwahre sich gegen ein jedes Urtheil des Ausschusses über die Arbeiten der Centralcommission. Er stelle den Antrag, man solle einen Referenten wählen und gleichzeitig die Ausweise fordern.

Der anwesende Regierungsvortreter Ministerialrath Mayer will auf die meritorische Seite der Frage nicht eingehen. Nach definitivem Abschlusse des Reclamationsverfahrens sei die Regierung gesetlich verpflichtet, die Ausweise über die Grundsteuerreform

vorzulegen. Auf Grund der Ausweise, welche der Centralcommission zur Verfügung standen, könne das richtige Urtheil über die Grundsteuerreform nicht gefällt werden. Die Regierung könne die vom Abgeordneten Dr. Beer geforderten Ausweise derzeit nicht vorlegen, weil die Grundsteuerreform-Elaborate in die Länder und Bezirke versendet seien; das Zurückfordern derselben müßte zur Verzögerung der Finalisierung der Grundsteuerreform führen. Der finanzielle Effect der Reform vor dem Abschlusse der Reclamationen könne nicht berechnet werden. Angesichts der theilweis namhaften Grundsteuer-Erhöhungen müßten Erleichterungen durch Uebergangsperioden geschaffen werden. Die Fehler der Einschätzung können nur an Ort und Stelle erhoben werden. Redner schloß mit der Erklärung, es werden dem Referenten die nöthigen Ausweise und Behelfe ausgefolgt werden.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Zuweisung der Vorlage an einen Referenten einstimmig angenommen und der Antrag des Abgeordneten Dr. Beer mit 15 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Der Antrag des Abgeordneten Grafen Dzieduszycki wurde mit 21 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Granitsch wurde beschlossen, daß der Referent dem Ausschusse einen schriftlichen Bericht zu erstatten habe. Zum Referenten wurde der Abgeordnete Dr. Meznik mit 17 Stimmen gewählt.

In der Sitzung des Budgetausschusses des Abgeordnetenhauses am 16. d. M., welcher Se. Excellenz der Herr Finanzminister Dr. Ritter v. Dunajewski bewohnte, referierte Abgeordneter Freiherr v. Oppenheimer über den Titel „Münzwesen“ und beantragte die Einstellung der Ziffern conform der Regierungsvorlage unter Einbeziehung der Kosten für die Ausprägung der Kupferscheidemünze.

Abg. Neuwirth richtete an den Finanzminister die Anfrage, wie es sich mit der in jüngster Zeit wiederholt auftauchenden Nachricht verhalte, nach welcher auf Anregung der ungarischen Regierung Verhandlungen über die Herstellung der Valuta und zunächst über die Einberufung einer Enquete stattfinden sollen.

Se. Excellenz der Herr Finanzminister Dr. Ritter v. Dunajewski erklärte: Schon im Jahre 1878/79 habe eine Correspondenz zwischen der diesseitigen und der ungarischen Regierung stattgefunden. Die Initiative sei von dem damaligen österreichischen Finanzminister ausgegangen. Vorläufig haben sich die beiden Ministerien lediglich dazu verpflichtet, die freie Silberausprägung für Private nicht zuzulassen. — Was die Enquete über die Regelung der Valuta betreffe, so habe der ungarische Finanzminister seine Zustimmung zur Abhaltung einer gemeinschaftlichen Enquete nicht gegeben, welsch' letztere von dem damaligen österreichischen Finanzminister Freiherrn von Pretis für zweckmäßig angesehen worden sei. Bei Uebernahme seines Amtes habe Redner die Angelegenheit im Stadium der Verhandlungen vorgefunden, indessen hätte er, obwohl auch er die Abhaltung einer gemeinschaftlichen Enquete für zweckmäßiger erachtet, in diesem Punkte nachgeben müssen, und es werden demnach zwei Enqueten stattfinden. Die der Enquete vorzulegenden Fragen seien von dem österreichischen Finanzministerium ausgearbeitet. Auch in Bezug auf die Währungsfrage liege ein sorgfältig ausgearbeitetes, aus der Zeit vor seinem Amtsantritte herrührendes Memoire vor. Mit Rücksicht darauf, daß die Verhandlungen noch in der Schwebe seien, halte er es nicht für zweckmäßig, weitere Aufklärungen zu geben, und beschränke sich auf die Mittheilung, daß die bezüglichen Anregungen von dem österreichischen Ministerium ausgegangen seien.

Auf eine Anfrage über die Höhe der Silberausprägungen erklärte der Herr Minister, daß bisher in Oesterreich 6.5 Millionen, in Ungarn 3.7 Millionen ausgeprägt worden seien.

Bei Berathung der Post „Lotto“ machte der Regierungsvortreter die Mittheilung, daß über die Einführung einer Klassenlotterie Beratungen gepflogen worden seien, die jedoch ergeben hätten, daß das Ergebniss einer solchen ein sehr minimales gewesen wäre. Demnach sei aus finanziellen Rücksichten sowie im Hinblick auf Ungarn die Beibehaltung des Lotto beschlossen worden. Der Ausschuss erneuerte hierauf die im Vorjahre gefasste Resolution auf Beschränkung des Lottospiels.

Abg. Dr. Klier legte mit Rücksicht auf die geänderte Berechnungsbasis für die Grundsteuer, die ihm einen verlässlichen Antrag unmöglich mache, sein Mandat als Referent über die directen Steuern nieder.

Vom Ausland.

Nach einer der „Pol. Corr.“ aus Belgrad unter dem 16. d. M. zugehenden Meldung hat betagte zuvor dort eingetroffene Unterstaatssecretär Rosta Jovanovic eine Conferenz mit dem serbischen Finanzminister abgehalten, in welcher, wie versichert wird, eine Modalität gefunden worden sein soll, um die in der Angelegenheit des mit Oesterreich-Ungarn abzuschließenden Handelsvertrages noch obschwebenden Differenzen zu lösen.

Die „Agence Russe“ schreibt: Die unrichtige und unregelmäßige Veröffentlichung der Kabuler Correspondenz durch ein Tory-Organ ist ein Mandat, um Randabar zurückzubehalten und der liberalen Partei die Früchte ihres Sieges zu entreißen. Die „Agence Russe“ sagt gegenüber anderweitigen Nachrichten, dass alle Cabinette aufrichtig ein Einberufen wünschen, und dass es unnütz sei, auf ein isoliertes Vorgehen einer oder der anderen Macht zu speculieren.

Die italienische Kammer setzte am 16ten d. M. die Berathung über den Gesetzentwurf, betreffend die Abschaffung des Zwangsurses fort. Im Laufe der Debatte erklärte Ministerpräsident Cairoli, dass die Regierung an der Münzconferenz theilnehmen werde, von der sie sich gute Ergebnisse erhoffe. Cairoli fügt hinzu, dass sich die Mächte in Bezug auf die griechisch-türkische und andere Fragen im Interesse des Friedens in vollkommener Uebereinstimmung befinden. Man muß demnach glauben, dass der Friede, der eine wesentliche Bedingung für den guten Erfolg der Abschaffung des Zwangsurses ist, nicht gestört werden wird.

Türkische und griechische Streitkräfte.

Aus Janina, 3. Februar, gehen der „Pol. Corr.“ aus guter Quelle Mittheilungen über die Stärke und Dislocation der im Epirus angeammelten türkischen Streitkräfte zu, die wir im Nachstehenden wiedergeben: Die türkische Streitmacht im Epirus beträgt sich augenblicklich auf 17,000 Mann. Sie besteht aus 24 Infanterie-Bataillonen, wobei die aus 6 Bataillonen Redifs erster und zweiter Klasse bestehende Reserve, welche aus den Bezirken Veration, Janina und Agyrokastron einberufen wurde, mit eingerechnet ist. Alle diese Bataillone sind mit Gewehren des Systems Martini bewaffnet und der Mannschaftsstand derselben beträgt 15,250 Mann. Davon stehen 8 Bataillone in Arta, 13 in Janina, 2 in Prevesa und 1 in Mezovo. Mehrere Compagnien derselben sind nach den verschiedenen Bezirken des Epirus zur Eintreibung der Steuern und zur Bewachung wichtiger Positionen dislociert. An Artillerie befinden sich 8 Batterien im Lande, und zwar 4 Gebirgsbatterien und 4 Feldbatterien, alle mit Krupp'schen Geschützen ausgerüstet. Der Mannschaftsstand derselben beläuft sich auf 1180 Mann, der Stand der Zugthiere auf 400 Pferde und 80 Maulesel. 2 Feldbatterien und 2 Gebirgsbatterien sind in Janina, 1 Gebirgsbatterie in Prevesa, 2 Feldbatterien und 1 Gebirgsbatterie in Arta stationiert. Die Cavallerie beschränkt sich bloß auf ein in Janina stationirtes türkisches Reiterregiment von 570 Mann, welches mit Winchester-Gewehren, mit Revolvern und Lanzen ausgerüstet ist. Genietruppen befinden sich im Epirus keine.

Ueber den gegenwärtigen Stand der griechischen Armee wird der „Pol. Corr.“ aus Athen gemeldet, dass derzeit 42 Bataillone aller Waffengattungen übercomplet sind. Im Budget figurieren 82,824 Mann, worunter sich auch die Territorial-Armee, d. h. die griechische Landwehr im Alter von 31 bis 40 Jahren versteht. In Fiume sind neuerlich wieder um 140,000 Pfd. St. Whitehead-Torpedos angekauft worden. Aus England traf in Athen ein mit der Legation von Torpedos vertrauter Officier ein, der eben mit den Vorbereitungen dieser Art beschäftigt ist; der dänische Capitän v. Vardenfeld begab sich kürzlich nach Fiume und wird von dort wieder in Athen erwartet, um an des verstorbenen Bar. v. Guldencrone Stelle die Direction der Torpedoschule und auch die Adjutantur beim Könige zu übernehmen. Der Eingang des Pyraus, der Hügel von Munchia, von Psittalia und die beiden Einfahrten von Salamis, wo sich das Seearsenal befindet, werden besetzt und mit großen Armstrong-Batterien ausgestattet.

Tagesneuigkeiten.

(Die Weltausstellungsbauten.) Im Handelsministerium beschäftigt man sich eingehend mit der Frage, ob die Wiener Weltausstellungsbauten noch länger aufrechterhalten werden sollen. Der Weltausstellungsfonds mußte bisher alljährlich trotz der vielseitigen Verwendung, welche die genannten Räume seit dem Jahre 1873 gefunden haben, der Erhaltung derselben finanzielle Opfer bringen. Da überdies die Steuerfreiheit für die Weltausstellungsbauten bald zu Ende geht, ist es unerlässlich, in irgend einer Weise Vorschläge zu treffen, um den Fonds zu entlasten. Vielleicht könnte diese Bauten im Offertwege an Pächter überlassen und hiedurch erhalten werden.

(Die authentischen Volkszählungsergebnisse in Wien.) Die Revision der Anzeigezettel in den Häusern ist beendet, und am 17. d. M. wurde das authentische Resultat durch den Amtsdirector Rottler dem Bürgermeister bekanntgegeben. Wie nochwendig die Revision war, ergibt sich aus der Zusammenstellung, die zeigt, dass in der ersten Zählung sehr viele Personen gezählt wurden, die nicht da waren. In der Nachbilanz wurden 707,532 Einwohner gezählt, die Revision ergab, dass Wien 705,668 Einwohner innerhalb

der Linien hat, und zwar: Innere Stadt 69,393, Leopoldstadt 118,468, Landstraße 90,987, Wieden 57,749, Margarethen 66,767, Mariahilf 63,652, Neubau 74,247, Josefstadt 49,882, Alsergrund 68,817 und Favoriten 45,706, zusammen 705,668 Einwohner.

(Ein Dubenstück.) Mittwoch abends fand beim Wiener Hofopernsänger Herrn Scaria ein Tanzkränzchen statt, zu welchem circa 150 Einladungen ergangen waren. Im Laufe des Nachmittags liefen fast an sämtliche Personen, die Einladungen erhalten hatten, Telegramme ein, welche eine Absage enthielten, da Herr Scaria unwohl sei. Die Telegramme waren von irgend einem Individuum ausgegeben, welches den kostspieligen aber noch mehr ausbehaltenen Spaß für gestattete hielt, durch die telegraphierte Absage das Kränzchen unmöglich zu machen. Durch einen Zufall erfuhr Herr Scaria gegen 7 Uhr abends von dem Attentate gegen seinen Ball und es wurde sofort eine große Anzahl fahrender Boten entsendet, welche die Absage widerriefen. Der Polizei ist von dem Vorfalle die Anzeige erstattet worden.

(Sporteln für Standeserhöhungen.)

In den jüngsten Tagen beschäftigte sich die württembergische Abgeordnetenkammer mit einem neuen, von der Regierung vorgelegten Sportelgesetze. Der Entwurf schlug vor: Sporteln für Standeserhöhungen, wenn solche nachgefragt werden: 1.) für die Erhebung a) in den Fürstenstand 16,000 Mark, b) in den Grafenstand 8000 Mark, c) in den Freiherrnstand 4000 Mark, d) in den Adelsstand 2000 Mark; 2.) für die Erneuerung eines Grafen-, Freiherrn- oder Adelsdiploms die Hälfte dieser Sätze; 3.) für die Erlaubnis, von der durch einen fremden Souverän vorgenommenen Standeserhöhung im Königreiche Gebrauch machen zu dürfen, ein Viertel der obigen Sätze. Wird bei der Standeserhöhung ein Grad übersprungen, indem z. B. ein Freiherr in den Fürstenstand erhoben wird, so ist neben der Sportel für den erlangten Grad die Hälfte derjenigen Sportel zu entrichten, welche für den Grad bestimmt ist, der übersprungen wurde. Dem Abgeordneten Retter erschien aber die Sportel von 2000 Mark für die Erhebung in den Adelsstand zu niedrig. Ein Kaminsfeger müsse z. B. 100 Mark für seine Bestellung als Kaminsfeger bezahlen, und doch sei er nach 25 bis 30 Jahren nicht mehr das, was er früher gewesen, während der Adel mit dem Alter an Wert gewinne. Auch genieße die Adelsklasse sonst noch viele Vorzüge in den Augen der Leute, beim Militär, und mache auch viel bessere Heiraten. Wer geadelt sein wolle, bei dem setze man Geld voraus, und der könne auch eine höhere Sportel bezahlen. Er beantrage demgemäß statt 16,000, 8000, 4000 und 2000 Mark zu setzen 20,000 Mark für den Fürstenstand, 12,000 für den Grafenstand, 6000 Mark für den Freiherrnstand und 4000 Mark für den Adelsstand. Ritters Antrag wurde angenommen.

(Ein Gaunerstreich.) Diesertage gieng ein Bauer, leidend unter der Last eines großen mit Erdäpfeln gefüllten Sacks, durch die Rue Recourbe in Paris. Plötzlich glitt er aus, fiel und zerbrach in seinem Sturze das Auslagfenster eines Modewarengewölbes. Der Geschäftseigentümer eilte auf die Gasse und verlangte, dass der Bauer, der sich mühsam aufrichtete, den angerichteten Schaden ersehe. Dieser widersetzte sich und behauptete, er habe kein Geld. Aus dieser Discussion entspann sich ein heftiger Wortwechsel, der bald eine dichtgedrängte Menge Neugieriger in der Straße versammelte. Mit einemmale machte sich ein sehr elegant gekleideter Herr aus dem Menschenknäuel los und sagte dem Geschäftseigentümer, dass er den Bauer, der ihm allwöchentlich Butter und Gemüse für seine Wirtschaft liefere, ganz gut kenne, derselbe sei ein reicher Grundbesitzer in der Nähe von Paris und ganz wohl in der Lage, zu bezahlen. Diese Intervention war dem Bauer sichtlich unangenehm. Nach längerem Widerstande jedoch und nachdem man ihm mit der Polizei gedroht hatte, zog er in größter Aufregung eine alte, schmutzige Briestafche hervor, holte aus derselben eine stark abgegriffene 1000-Francis-Note heraus, warf dieselbe unwillig hin und verlangte, dass man ihm zurückgebe. Er nahm 950 Francs, die man ihm nach Abzug von 50 Francs für die Auslageseibe ausfolgte, in Empfang und entfernte sich unter lautem Schimpfen und Fluchen. Tags darauf schickte der Geschäftseigentümer, der eben kleinere Noten benötigte, in eine Wechselstube, um das erhaltene 1000-Francis-Billet umzuwechseln zu lassen. Wie groß war aber sein Erstaunen, als man dort die Note als falsch bezeichnete. Alles klärte sich nunmehr auf. Das Bäuerlein und der elegant gekleidete Herr waren zwei geschickte Gauner, die im Einverständnis mit einander den Coup ausgeführt hatten.

Locales.

(Volkszählung in den beiden Märkten Birkniz und Planina.) Der Markt Birkniz besteht derzeit aus 246 Häusern; in denselben wurden bei der heurigen Volkszählung als anwesend gezählt 1477 Personen (689 männlichen und 788 weiblichen Geschlechtes), hievon gehören 30 anderen Provinzen Cisleithaniens und 12 dem Auslande, alle übr-

gen Krain an. Als zeitlich abwesend wurden von der einheimischen Bevölkerung verzeichnet 140 Personen (81 männliche und 59 weibliche), von diesen halten sich 72 in anderen Provinzen Oesterreich-Ungarns, 4 im Auslande und 9 unbekannt wo, die übrigen in Krain auf. Die gesammte zählbare Bevölkerung im Markte Birkniz beziffert sich somit auf 1617 Seelen (770 männliche und 847 weibliche), was gegenüber 237 Häusern und 1391 Seelen im Jahre 1869 eine Zunahme um 9 Häuser und 226 oder 16.4 pCt. Seelen repräsentiert.

Im Markte Planina ergab die Volkszählung folgendes Resultat: Zahl der Häuser 180 (gegen 175 im Jahre 1869), anwesende Bevölkerung 1197 Personen (580 männliche und 617 weibliche), hievon 36 aus anderen Provinzen Oesterreich-Ungarns und 16 Ausländer, alle übrigen aus Krain; zeitlich abwesende einheimische Bevölkerung 299 Personen (158 männlichen und 141 weiblichen Geschlechtes), hievon befinden sich 128 in anderen Provinzen Cisleithaniens, 23 in Ungarn, 5 in Bosnien, 8 im Auslande, 16 unbekannt wo und alle übrigen in Krain. Die Gesammtesumme der zählbaren Bevölkerung im Markte Planina beträgt daher 1496 (738 männlichen und 758 weiblichen Geschlechtes) gegen 1191 im Jahre 1869; die Zunahme beläuft sich demzufolge auf 5 Häuser und 305 oder 25.5 pCt. Seelen.

(Spitalsbrüder.) Die Gilde der Spitalsbrüder mehrt sich in einer ganz erschreckenden Weise. Der krainische Landesauschuss wendet sich eben jetzt an die verschiedenen Landesbehörden in Oesterreich mit der Bitte: Die Spitalsverwaltung auf 33 genau bezeichnete Individuen aufmerksam zu machen, welche die öffentlichen Krankenanstalten fortwährend in Anspruch nehmen und dadurch ihren Heimatsgemeinden, respective dem Lande Krain, große Kosten verursachen. Der Landesauschuss ersucht daher, diesen 33 Fehlern aus Krain nur im Falle wirklicher Nothwendigkeit Aufnahme in den Spitälern zu gewähren, im Falle einer Simulation aber sofort deren Abgabe an die Sicherheitsbehörde zu veranlassen.

(Theater.) Ein fast gedrängt volles Haus, eine äußerst animierte Vorstellung und Applaus in Hülle und Fülle nach jedem Act- und Scenenschlusse — dies ist die Signatur der gestrigen „Martha“-Aufführung, die sichtlich den besten unter den heurigen Opernvorstellungen zugezählt werden und voraussichtlich noch auf ein bis zwei gutbesuchte Wiederholungen rechnen darf. Die Aufführung war mit sichtlichem Fleiße studiert und gieng in gefanglicher Hinsicht fast durchwegs gut zusammen, auch fehlte es ihr nicht an jenem munteren Humor in der Darstellung, der die „Martha“ noch immer zu einer der beliebtesten Spieloperen macht. Der Benefiziantin Fräulein Stella, welche vom Publicum bei ihrem ersten Erscheinen sehr freundlich, wenn auch ohne Spende, begrüßt und auch im weiteren Verlaufe des Abends bei jeder Gelegenheit ausgezeichnet wurde, bot die Titelrolle Gelegenheit zur Entfaltung ihrer schönen Coloratur, und bewährte sich dieselbe aufs neue als eine ebenso gewandte wie correcte Sängerin. Alle Anerkennung verdient auch der „Lyonel“ des Herrn König, wenngleich seiner Stimme der lyrische Schmelz des Ausdrucks abgeht und ihm die Bewältigung der höheren Töne nicht ohne Schwierigkeit gelang. Herr Schulz war zwar als „Plumkett“ ein etwas trockener Patron, der von seiner alten, durch kurze Zeit unterdrückten Gewohnheit, sich beim Singen mit den Händen tactschlagend zu begleiten, nicht ganz lassen kann, sang jedoch seinen Part mit frischer Stimme; desgleichen fand sich Fräulein Mussil (Nancy) mit ihrer dankbaren Partie ganz hübsch zurecht und entwickelte zugleich ein sehr gewinnendes launiges Spiel. Den geringen gefanglichen Anforderungen, die man an den „Dord Tristan“ zu stellen gewohnt ist, wußte auch Herr Medelko vollkommen zu genügen, obwohl seine Stimme in den Ensemblesätzen nicht durchzudringen vermochte; im übrigen kehrte er den Komiker ziemlich stark hervor, indes ohne gerade zu lächern. Die Chöre schienen uns gestern ziemlich schütter besetzt zu sein. Der im ganzen sehr hübsche Erfolg, den die „Martha“ erzielte, dürfte die Direction vielleicht veranlassen, vor Schluss der Saison noch einige von den vielen Opern des älteren Repertoires, die hier gerne gesehen sind und deren Besetzung mit den vorhandenen Kräften keine nennenswerten Schwierigkeiten machen kann, zur Aufführung zu bringen.

(Benefizvorstellung.) Die für nächsten Dienstag, den 22. d. M., anberaumte Benefizvorstellung des Herrn Brackl bringt eine musikalische Novität für Laibach, und zwar die Operette „König Jérôme“. Dieselbe ist ein Werk des bekannten Wiener Kapellmeisters und Balzercompositors C. M. Biehrer (Text von Schirmer) und hat seinerzeit im Wiener Ringtheater gegen fünfzig Aufführungen erlebt. Da Laibach bekanntlich ein sehr zahlreiches operettenfreundliches Publicum besitzt, das für Novitäten dieses Genres stets ein lebhaftes Interesse an den Tag legt, so hofft Herr Brackl durch die Aufführung der genannten neuen Operette, die für ihn selbstverständlich mit wesentlich größeren Auslagen verbunden ist, als die Wahl eines anderen, hier schon gegebenen Stückes, auch in materieller Hinsicht keinen Fehlgriff gethan zu haben, was auch

wir im Interesse des jugendlichen und talentierten Benefizianten, der zugleich eines unserer meistbeschäftigten Bühnenmitglieder ist, aufrichtig wünschen.

(Unanbringliche Briefpostsendungen.) Seit 4. I. M. erliegen beim k. k. Postamt in Laibach nachstehende unanbringliche Briefpostsendungen, über welche die Aufgeber verfügen wollen: I. Recommandirte Briefe an: v. Rozma Franz in Budapest, Godec Maria in Töplitz und Jasenc Albert in Mandrest in Russland.

II. Gewöhnliche Briefe an: Bukli Wieland in S. Ujheli, Baron Gasperini in Laibach, Kračević Jovan in Gospić, Sabar Johann in Dolenzavas, Tominc K. in St. Marein, Arlo Damian in Zamostec, Uhlir in Laibach (Civiltspital), Damjan Josef in Hamburg, Novak Franz in Stein, Grabel Johann in Tschernembl, Judnič Anna in Tschernembl, Kappel in Chemnitz, Müller Juliana in Moor, Markovits Maria in Belgrad, Šulc Helena in St. Paul, bei Gilli, Boncina Peter in Karlstadt, Bernier Theresia in Pola, Bernbacher Maria in Wien, Bogarac Valentin in Grusica, Schwelz Pauline in Fiume, Majntinger Julius in Bischofslad, Novak Marie in Maggalos, Rudnič Josefa in Loka, Špojlar Jakob in Jasna, Simon Valentin in Hamburg, Schretnik J. in Rakel, Koller Johann in Vorderberg, Venus Alexander in Wien, Hruščovar Anton in Arch, Jević Johann in St. Marein, Jerme Anna in St. Veit (?), Romis Aloisia in Istrien (?), Schwarzel Johann in Laibach, Walla Josefine in Adelsberg, Wondrasch Anton in Wien, Weke Marie in Triest, Godina Carlo in Laibach, Dienstmann Krajnc in Ugram, Kupše Mathias in Bystian, Seničar Josef in Dichtenwald, Blatt Anton in Illyrisch-Feistritz, Bared Johann in Suša, Postjančič Josefa in Triest, Grünfuß Marcel in Tarvis, Kapca Karl in Szob, Kotnik Vatroslav in Wien, Langer Budmilla in Wien, Posteiner Stefan in Leobersdorf, Sornik Mathias in Markt Tüffer, Verbič Gertraud in Rosche, Herrmann Graf von in Silberegg und Kaspotnik N. in Marburg; — III. eine Musterendung an Kruger Franz in Schellenberg und IV. eine adresslose Correspondenzkarte, lautend an „Fritz“.

(Süd- und Rudolfsbahn.) Dem Ausweise über die Betriebseinnahmen auf den österreichischen Eisenbahnen im Monate Dezember v. J. entnehmen wir hinsichtlich der beiden unser engeres Heimatland durchziehenden Verkehrsinstitute folgende Daten: Südbahn: Befördert wurden in diesem Monate 320,536 Personen und 325,483 Tonnen Frachten; die Einnahmen betrugen 2.867,238 fl. und waren etwas niedriger als im Dezember 1879. — Rudolfsbahn: Befördert wurden 67,442 Personen und 119,007 Tonnen Frachten; die Einnahmen beliefen sich auf 351,993 fl. und waren gleichfalls etwas höher als im Dezember des Vorjahres.

Nachtrag.

Laibach, 18. Februar.

Die heutige Nummer 40 des „Slovenski Narod“ bringt die, Wiener Blättern entlehnte Nachricht, dass der Herr Landespräsident Winkler eine Enquetecommission zur Berathung der Frage inbetreff der Einführung der slovenischen Sprache als Unterrichtssprache an der Laibacher Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalt eingesetzt und in dieselbe die Herren: Landes-schoolinspector Birker, Director Grovath, Professor Ritter v. Gariboldi, Lehrer Bodeh, Professor Levec und Oberlehrer Praprotnik als Experten berufen habe.

Diese Nachricht muss dahin berichtet werden, dass die Einsetzung der gedachten Commission und ebenso die Berufung der letztgenannten fünf Herren in dieselbe über Beschluss des k. k. Landesschulrathes erfolgt ist.

Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

Rom, 18. Februar. Die Kammer hat den ersten Artikel des Gesetzesentwurfes über Abschaffung des Zwangscurse mit 310 Stimmen einhellig angenommen; eine

Stimme enthielt sich der Stimmabgabe; Artikel 2 und 3 wurden gleichfalls genehmigt.

London, 18. Februar. Lord Granville begab sich früh nach Windsor und conferierte mit der Königin, worauf er hieher zurückkehrte.

Belgrad, 18. Februar. Der bisherige türkische Gesandte Sermet Effendi wurde, nachdem er die Annahme des neuen Postens in Cetinje verweigerte, zur Disponibilität gesetzt. Ali Bey übernahm interimistisch die Gesandtschaft bis zur Ankunft des neuen Gesandten Kalil Bey.

Konstantinopel, 18. Februar. Graf Hatzfeldt dinierte heute beim Sultan.

Athen, 18. Februar. Die Kammer genehmigte in dritter Lesung den Gesetzesentwurf wegen provisorischer Organisation der Nationalgarde.

Alexandrien, 18. Februar. (Wiener Abendpost.) Se. k. und k. Hoheit der durchlauchtigste Kronprinz Erzherzog Rudolf ist heute um 10 Uhr vormittags im besten Wohlsein in Alexandrien eingetroffen und wird noch im Laufe des heutigen Tages die Reise nach Kairo fortsetzen.

Wien, 18. Februar. (Wiener Abendpost.) Mit Allerhöchster Genehmigung wird bei dem am 23. d. M. zu Ehren der Vermählung Sr. kön. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Preußen bei dem kais. deutschen Botschafter stattfindenden Ball die bestehende Hoftrauer abgelegt.

Wien, 18. Februar. (Wiener Zeitung.) Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 15. Februar d. J. den Advocaten in Brünn Dr. Franz Erom und den Universitätsprofessor in Prag Dr. Anton Randa zu ständigen Mitgliedern des Reichsgerichtes allergnädigst zu ernennen geruht. Laaffe m. p. Prajak m. p. — Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 15. Februar d. J. den Hofrath des obersten Gerichts- und Cassationshofes Johann Wierzbicki zum Senatspräsidenten des obersten Gerichts- und Cassationshofes allergnädigst zu ernennen geruht. Prajak m. p.

Wien, 18. Februar. (Abgeordnetenhaus.) An die erste Lesung der Anträge der Abgeordneten Lienbacher und Genossen, dann der Abgeordneten Dr. Kronawetter und Genossen auf Abänderung der Reichsraths-Wahlordnung knüpfte sich eine längere lebhaftere Debatte, an welcher sich nebst den Antragstellern die Abgeordneten Graf Wurmbbrand, Dr. Menger, Fürnkranz und Böblich beteiligten. Das Haus wies nahezu einstimmig beide Anträge einem Ausschusse von 24 Mitgliedern zur Vorberathung zu. — Auch die erste Lesung des Antrages der Abgeordneten Ignaz Freiherrn von Giovanelli und Genossen inbetreff der Finalisierung der Grundsteuerregulierung und der Einsetzung einer Reclamationscommission veranlasste eine lebhaftere Debatte, an der sich nebst dem Antragsteller die Abgeordneten Prof. Ritter von Wildauer und Dobhamer beteiligten, worauf die Debatte abgebrochen und den noch vorgemerkten Rednern Dr. Schaub und Ritter von Zallinger das Wort für die nächste Sitzung vorbehalten wurde.

London, 17. Februar. (Sitzung des Unterhauses.) Gladstone kündigt an, dass, wenn die Einzelberathungen über die irische Zwangsbill heute nicht erledigt werden, er morgen beantragen werde, dass sie vor Witternacht erledigt sein müssen. Das neue Reglement bestimmt, dass über einen solchen Antrag ohne Debatte abzustimmen sei.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 18. Februar.

Papier-Rente 73 35. — Silber-Rente 75 65. — Gold-Rente 90 15. — 1860er Staats-Anlehen 131 20. — Bankactien 814. — Kreditactien 292 80. — London 118 30. — Silber —. — k. k. Münz-Ducaten 5 56. — 20-Franken-Stücke 9 34 1/2. — 100-Reichsmark 57 65.

Curse an der Wiener Börse vom 17. Februar 1881. (Nach dem officiellen Curseblatte.)

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“		Grundentlastungs-Obligationen.		Franz-Joseph-Bahn		Franz-Joseph-Bahn	
Geld	Ware	Geld	Ware	Geld	Ware	Geld	Ware
Papierrente	73 20	Böhmen	104 50	184	184 50	102	102 25
Silberrente	75 30	Niederösterreich	105 50	281 50	282	103 25	103 75
Goldrente	90 20	Galizien	98 75	139 50	140	102 80	103 10
Rose, 1854	121	Siebenbürgen	94 50	176	177	86 40	86 80
1860	130 50	Temeser Banat	95	708	710	176	177
1860 (zu 100 fl.)	132 75	Ungarn	97	201 50	202	134	134 50
1864	175			241 75	242 25	114 25	114 75
Ang. Brämien-Anl.	113 50			169 25	169 75		
Credit-B.	179 75			286 50	287		
Heil-Regulierungs- und Sze-				109 50	110		
gebener Lose	107 50			247	247 50		
Rudolfs-B.	18 75			152 50	153		
Brämienanl. der Stadt Wien	118 30			153 50	154		
Donau-Regulierungs-Lose	112 30			163 50	164		
Domänen-Pfandbriefe	145			224 75	225		
Österr. Schatzscheine 1881 rück-	100						
zahlbar	100						
Österr. Schatzscheine 1882 rück-	101 30						
zahlbar	101 30						
Ungarische Goldrente	110 80						
Ungarische Eisenbahn-Anleihe	128						
Ungarische Eisenbahn-Anleihe,	127 75						
Cumulativstüde	128 25						
Anlehen der Stadtgemeinde	102 25						
Wien in D. B.	102 25						

Verstorbene.

Den 18. Februar. Marcus Brojan, Gutmacher, 72 J., Alter Markt Nr. 15, Brand der Alten. — Heinrich Pototschnig, Glaserer, 40 J., Franciscanergasse Nr. 12, Lungenschwindsucht.

Theater.

Heute (ungerader Tag) zum viertenmale: Aschenbrödel.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Februar	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Stimmels	Niederschlag in Millimetern
18.	7 U. Mg.	739 65	- 0 4	D. schwach	bewölkt	3 00
	2 „ N.	740 48	+ 2 2	W. schwach	bewölkt	Schnee
	9 „ Ab.	741 58	+ 0 2	SW. schwach	bewölkt	

Morgens und tagsüber öfter geringer Schnee. Das Tagesmittel der Temperatur + 0 7°, um 1 0° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Für die liebevolle Theilnahme an dem Leichenbegängnisse unserer vielgeliebten Mutter, Frau

Francisca Schmidt,

und für die Kranzspenden sagen wir dem Handels-Kranken- und Pensionsvereine sowie allen Bekannten den wärmsten Dank.

Laibach, 19. Februar 1881.

Die trauernde Familie.

Allen Theilnehmenden widmen die Unterzeichneten im eigenen und im Namen der übrigen Verwandten schmerz erfüllt die tiefbetäubende Nachricht, dass nach langen Leiden heute vormittags um 11 Uhr der innigstgeliebte Gatte, beziehungsweise Bruder, Herr

Heinrich Pototschnig,

Glaswarenhändler,

versehen mit den heil. Sterbesacramenten, im Alter von 40 Jahren aus diesem Leben abgerufen wurde.

Das Leichenbegängnis findet Sonntag, den 20. Februar, nachmittags um 3 1/4 Uhr vom Greglischen Hause Franciscanergasse Nr. 12 aus statt.

Die heil. Seelenmessen werden in der Pfarrkirche bei den P. P. Franciscanern gelesen werden.

Er ruhe in Frieden!

Laibach, am 18. Februar 1881.

Anna Pototschnig geb. Wiedenhofer als Wittib.

Johann Pototschnig, Hausbesitzer, als Bruder.

Dankfagung.

Für die herzliche Theilnahme während der Krankheit unseres innigstgeliebten zweiten Sohnes

Arthur

und für die zahlreiche Begleitung desselben zur letzten Ruhestätte, sowie auch für die schönen Kranzspenden und das Arrangement zum Leichenbegängnisse, sprechen den tiefgefühltesten Dank allen Verwandten, Freunden und Bekannten hiemit aus

Rudolf Rotter,

k. k. Steuereinnahmer,

Josefine Rotter geb. Hofnig,

Eltern.

Littai, am 17. Februar 1881.

Devisen.

Auf deutsche Plätze 57 65 57 85
London, kurze Sicht 118 35 118 50
Paris 46 70 46 75

Geldsorten.

Ducaten 5 fl. 55 fr. 5 fl. 57 fr.
Napoleonsdor 9 „ 84 1/2 „ 9 „ 85 „
Deutsche Reichsnoten 57 „ 65 „ 57 „ 75 „
Silbergulden — „ — „ — „ — „

Krainische Grundentlastungs-Obligationen
Geld 101 — Ware —